Berufsverband der Deutschen Urologen e.V.

Urologe 2009 · 48: 103
DOI 10.1007/s00120-008-1923-y
© Springer Medizin Verlag 2009

Redaktion

H. Jonitz, Darmstadt

+++ URO-Telegramm +++

In der GKV gebe es noch großes **Einsparpotential** – auch bei den niedergelassenen Ärzten. Davon zeigen sich die Macher einer neuen Studie überzeugt: Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) und der Lehrstuhl für Gesundheitsökonomie der Universität Duisburg-Essen haben im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft nach „Effizienzreserven“ im System geforscht und sind eigenen Aussagen nach in Klinik und Praxis fündig geworden

+++

Nach der Androhung von **Protestaktionen einiger Fachgruppen** hat der bayerische Gesundheitsminister Markus Söder die Fachärzte im Freistaat aufgefordert, Kassenpatienten weiter zu behandeln. Deren Versorgung dürfe nicht leiden, erklärte der CSU-Politiker. Das Bundesgesundheitsministerium (BMG) habe Söder aufgefordert, notfalls im Sinne der Patienten einzuschreiten

+++

Der Vorstand der KV Baden-Württemberg (KVBW) fordert für den Gesundheitsbereich eine sofortige **Kurskorrektur der Politik**. „Die Folgen des Gesundheitsfonds treffen Baden-Württemberg doppelt negativ. Die Versicherten zahlen mehr Geld, das aber bei den Ärzten im Land nicht ankommt.

+++

Bis zu 50.000 Euro können Ärzte als sogenannte **Sicherstellungszuschläge** erhalten, wenn sie in unterversorgten Regionen Brandenburgs ambulant tätig werden. Dies beschloss der Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen in Potsdam.

+++

Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für **Arzneimittel** sind im November 2008 gegenüber dem Vorjahr um 3,1 Prozent gesunken. Sie gingen auf 141,7 Millionen Euro zurück. Darin seien noch nicht die Einsparungen der Krankenkassen durch Rabattverträge enthalten, sagte der Vorsitzende des Hessischen Apothekerverbandes, Dr. Peter Homann.

+++

Der Bundesverband der privaten Krankenhaus- und Klinikunternehmen (BDPK) appelliert an die Regierungskoalition, beim geplanten Konjunkturpakt 2 nicht nur an die Industrie zu denken, sondern auch die **Krankenhäuser und Rehabilitationskliniken als Konjunktur-Motor** zu berücksichtigen.

+++

Der Landesverband für Ambulantes Operieren in Bayern (LAOB) hat den **Protestaufruf** mehrerer Berufsverbände des Landes wiederholt. „Wir müssen unsere Patienten mit unserem Protestschreiben und Kostenvoranschlag auf die Geschäftsstellen

schicken“, schrieben die Vorsitzenden Dr. Axel Neumann und Dr. Heribert Lindner in einem Brief an die Mitglieder. „Wir wissen aus der Vergangenheit, dass diese Maßnahmen Wirkung zeigen!“

+++

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) hat die Krankenkassen davor gewarnt, die **Krankheiten ihrer Versicherten** auf dem Papier zu übertreiben, um mehr Geld aus dem Gesundheitsfonds zu bekommen. „Wer leicht Kranke zu schwer Kranken degradiert, um Geld dafür zu bekommen, handelt kriminell und gehört vor ein Gericht gestellt“, sagte Schmidt dem „Hamburger Abendblatt“.

+++

Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Wolfgang Eckert, hat heftige Kritik an der derzeitigen Gesundheitspolitik der Regierung geäußert. Sie habe drastische Folgen für Bundesländer mit geringer Arztdichte: „Bei dem sich in unserem Land in vielen Fachrichtungen abzeichnenden **Ärztemangel** stehen wir damit vor kaum zu bewältigenden Problemen“,

betont Eckert im aktuellen Ärzteblatt des Landes.

+++

Die Ärztekammer Berlin fordert eine **Abgabe für gesundheitsschädliche Substanzen**. „Dinge, die krank machen, wie Alkohol, Tabak und Fastfood, müssen zur Finanzierung des Gesundheitsfonds herangezogen werden“, erklärt Kammerpräsident Dr. Günther Jonitz. Damit könnten die Kassenbeiträge dauerhaft gesenkt und so Arbeitnehmer und Arbeitgeber entlastet werden.

+++

Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung, Dr. Ulrich Thamer, sieht nach der Honorarumstellung große Probleme in Westfalen-Lippe: „Die Sicherstellung ist durch diese eingetretenen jähen Veränderungen insgesamt gefährdet“, kommentiert der KV-Chef die aktuellen Vorgänge. Der Versuch, die ärztliche Vergütung durch bundesweit einheitliche Vorgaben anzugleichen, sei gescheitert und das bislang stabile **Honorargefüge der Region** zerstört.

+++

Freie Ärzteschaft

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
bitte beteiligen Sie sich an der bundesweiten Umfrage zur Auswirkung der Regelleistungsvolumina auf die Arztpraxen.

Diese Umfrage wird vom ÄND / Facharzt.de in Kooperation mit der Freien Ärzteschaft durchgeführt.

Die Einführung der Regelleistungsvolumina sorgt bundesweit für Zündstoff. Durch die Umfrage wollen wir feststellen, wo Gewinner und Verlierer sind, welche Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in den Arztpraxen zu erwarten sind und inwieweit die Existenz von Arztpraxen gefährdet ist. Abgefragt wird auch die Zufriedenheit mit den Interessensvertretungen und die Bereitschaft, an Protestmaßnahmen teilzunehmen.

Mit diesem Link gelangen Sie zur Umfrage:
<http://www.facharzt.de/umfrage.html>

Mit kollegialem Gruß
Martin Grauduszu, Freie Ärzteschaft e.V.,
Bergstraße 14, 40699 Erkrath
Tel.: 02104 138 59 75, Fax: 02104 44 97 32
<http://www.freie-aerzteschaft.de>, <http://www.honorarluege.de>